



Gemeinsame Stellungnahme von
Allianz Deutscher Produzenten – Film & Fernsehen – Produzentenallianz
Bundesverband der Film- undFernsehschauspieler – BFFS
Bundesvereinigung der Filmschaffenden-Verbände – Die Filmschaffenden
Berufsverband Kinematografie – BVK
Verband Deutscher Drehbuchautoren – VDD
ver.di FilmUnion

25 Cent je Haushalt und Monat für eine Programmoffensive von ARD und ZDF und zur Verbesserung der Produktions- und Arbeitsbedingungen bei Film und Fernsehen

Die nach Einführung der Rundfunk-Haushaltsabgabe zu erwartenden Überschüsse gegenüber dem bisher ermittelten Finanzbedarf von ARD und ZDF haben eine Diskussion über die Verwendung der Überschüsse ausgelöst. Von manchen Seiten wird eine Reduzierung der Haushaltsabgabe um EUR 0,73 je Haushalt und Monat und eine Rückstellung der darüber hinausgehenden Mehreinnahmen vorgeschlagen, von anderen eine Verwendung zur Beseitigung von insbesondere im gewerblichen Bereich aufgetretenen Härtefällen.

Die Produzentenallianz und verschiedene Kreativen-Verbände haben sich in mehreren Stellungnahmen dafür ausgesprochen, jedenfalls Teile der zu erwartenden Überschüsse zu nutzen, um ARD und ZDF in die Lage zu versetzen, eine Programmoffensive zu starten und die äußerst prekären Bedingungen des audiovisuellen Schaffens in Deutschland zu verbessern. Eine solche Programm-Initiative würde es beiden Sendern ermöglichen, vermehrt Programme in Auftrag zu geben, die international Qualitätsstandards setzen und die mit Produktionsbudgets ausgestattet wären, welche es den Produzentenermöglichen, den Kreativen und den Filmschaffenden Arbeits- und Vergütungsbedingungen zu bieten, die der hohen Qualität ihrer Leistungen entsprechen. Nur so werden die Produktionsunternehmen wieder in die Lage versetzt werden, innovative Programmideen zu entwickeln und zu realisieren.

Die Mittel, die ARD und ZDF in fiktionales Programm, dokumentarische Produktionen und Kinderprogramm investieren, stagnieren seit Jahren. Ungeachtet der zwischen der Produzentenallianz und ARD und ZDF vereinbarten Eckpunkte, die einen größeren Budgetrealismus verwirklichen sollten, kennen Produktionsetats seit Jahren nur eine Tendenz: Sie werden entweder reduziert oder jedenfalls auf dem schon vor vielen Jahren erreichten Stand eingefroren. Da aber die Kosten über die Jahre gestiegen sind (Tarifgagen, Erhöhung des Abgabesatzes zur Künstlersozialversicherung, Energiepreise, sonstige Preissteigerungen, etc.) können Produktionen nur noch über Effizienzgewinne realisiert werden. So hat beispielsweise das für die Herstellung eines „Tatorts“ zur Verfügung stehende Budget über einen Zeitraum von 10 Jahren preisbereinigt um ca. 20% abgenommen. Dies konnte nur durch eine Verkürzung der Drehtage von ursprünglich durchschnittlich 28 Tagen auf heute 21 Tagen aufgefangen werden. Bei Verdichtung der Produktionsleistungen werden Filmschaffende damit heute deutlich kürzer in den Projekten beschäftigt. Gleichzeitig mussten die Produzenten die Vergütungen für Drehbuchautoren und Regisseure ihrerseits festschreiben, da die verfügbaren Budgets keinerlei Anhebungen zuließen.

Beim Kinofilm hat das ZDF seine Beiträge zur FFA nach Erlass der kleinen FFG-Novelle im Jahr 2010 zurückgefahren. Auch die Höhe der Beträge, mit denen sich ARD und ZDF an Kinofilmen beteiligen, ist vielfach gesunken. Zweitlizenzen, die notwendig wären, damit Produzenten überhaupt eine Eigenkapitalrendite erwirt-



schaften könnten, werden von ARD und ZDF an deutschen und europäischen Produktionen praktisch nicht mehr erworben. Das Gesamtengagement von ARD und ZDF für den deutschen Kinofilm stagniert somit seit Jahren, vermutlich ist es sogar rückläufig. Das gilt für den Spielfilm wie insbesondere auch für den Dokumentarfilm.

Der soeben erschienene 19. KEF-Bericht belegt, dass sowohl ARD wie ZDF die für Programminvestitionen zur Verfügung stehenden Mittel insgesamt gekürzt haben. Diese Kürzungen schlagen unmittelbar auf die Beschäftigungssituation im Bereich der audiovisuellen Produktion durch. Die Mittelkürzungen in den Programmteilen von ARD und ZDF sind eine Ursache dafür, dass die heute international anerkannten Programmideen nicht mehr aus Deutschland kommen. Hier sind etwa die TV Serien („House of Cards“, „Homeland“, „Downton Abbey“, „Borgen“ etc.) zu nennen, die weltweit – und auch in Deutschland – wegen der Qualität und Sorgfalt, mit der sie produziert wurden, Anerkennung finden. Auch beim Kinofilm droht Deutschland inzwischen international den Anschluss zu verlieren. Teilweise sind kleinere Länder wie Österreich, in denen das Fernsehen sich mutig an Filmen mit Themen außerhalb des Mainstreams beteiligt, auch kreativ deutlicherfolgreicher als Deutschland.

Da Produktionsunternehmen die steigenden Kosten, wenn überhaupt, nur auffangen können, indem sie wachsende Teile des eigentlich zu kalkulierenden Gewinns zur Abdeckung von Produktionskosten verwenden, gelingt es immer seltener, Programminnovationen zu entwickeln und wirklich überzeugende Stoffe zu verfilmen. Die Herstellung fiktionaler Programme erfolgt unter einem ständigen Termindruck und die Arbeitsbelastung während der reduzierten Drehtage nimmt deutlich zu. Auch bei den dokumentarischen Produktionen ist der Budgetdruck kaum mehr erträglich. Der große, 90-minütige Dokumentarfilm findet praktisch nicht mehr statt. Dokumentar- und Animationsproduzenten müssen immer größere Teile ihrer Produktionsbudgets aus anderen Quellen generieren und die Sender weichen zur weiteren Kosteneinsparung oftmals auf direkte Lizenzkäufe von Programmen aus dem Ausland unter Umgehung der deutschen Produktionslandschaft aus.

Deshalb fordern die diese Resolution tragenden Verbände, die Chance der zu erwartenden Überschüsse aus der Haushaltsabgabe couragiert zu nutzen. Beginnend mit dem Jahr 2015 sollte ein Teilbetrag der Überschüsse in Höhe von mindestens 25 Cent je Haushalt und Monat für eine Programmoftensive von ARD und ZDF ausschließlich für Programminvestitionen verwendet werden. Das entspricht bei knapp 40 Mio. Fernsehhaushalten ca. EUR 100 Mio. jährlich. Diese zusätzlichen Mittel sind von ARD und ZDF für Auftragsproduktionen, Co-Produktionen oder Lizenzkäufe von deutschsprachigen Programmen und europäischen Co-Produktionen mit Ausnahme von Sportprogrammen und Eigenproduktionen zu verwenden.

Mit diesen zusätzlich für Fernseh-, Dokumentar-, Kinder- und Kinofilme zur Verfügung stehenden Mitteln könnten:

- Programminnovationen angegangen und realisiert werden,
- höhere Qualitätsstandards und verbesserte Arbeitsbedingungen erreicht werden,
- das kreative Potential von Drehbuchautoren, Regisseuren, Filmurhebern und Schauspielern angemessen vergütet und Arbeitsbedingungen in der Produktion entschärft werden,
- die Produzenten wieder in die Lage versetzt werden, aus der Herstellung von Produktionen und ihrer Verwertung Deckungsbeiträge zu generieren, die es ihnen ermöglichen würden, eigenständig Programmideen zu entwickeln und diese sorgfältig bis zur Produktionsreife zu entwickeln,
- der vielfältigen Produktionslandschaft in Deutschland wesentliche Impulse gegeben werden.



Da mit den zusätzlichen Programminvestitionen, die aus den 25 Cent je Haushalt und Monat zur Verfügung gestellt würden, die zu erwartenden Überschüsse aus der Haushaltsabgabe nicht ausgeschöpft würden, bliebe daneben die Möglichkeit, Beitragsreduzierungen vorzunehmen und/oder mit der Haushaltsabgabe verbundene Härtesituationen auszugleichen. Die zusätzlichen Programmmittel wären aber nicht nur der sprichwörtliche Tropfen auf den heißen Stein, sondern durchaus geeignet, die Situation der Kreativen und der Produzenten in Deutschland zu verbessern und gleichzeitig die Qualität des Programms einen großen Schritt nach vorne zu bringen.

München/Berlin, 12. März 2014

Allianz Deutscher Produzenten – Film & Fernsehen – Produzentenallianz
Bundesverband der Film- und Fernsehschauspieler – BFFS
Bundesvereinigung der Filmschaffenden-Verbände – Die Filmschaffenden
Berufsverband Kinematografie – BVK
Verband Deutscher Drehbuchautoren – VDD
ver.di FilmUnion